

Geisenheimer Zeitung

Anzeigebblatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;
Bezugspreis: 2.— Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post
in der Geschäftsstelle abgeholt 2 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Zander, Geisenheim.



General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Zeile oder deren Raum für Geisenheim
25 &, auswärtiger Preis 30 &. Reklamezeile 30 &. Bei mehrmaliger Aufnahme
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanruf Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 92.

Samstag den 7. August 1920.

20. Jahrgang.

Warschau vor dem Fall.

Die polnische Front vor Warschau durchbrochen.

Der bolschewistische Vormarsch auf Warschau geht fort. Die Bolschewisten sollen, wie von der Front gemeldet wird, die polnische Front zwischen Ostrolenka und Bialystok durchbrochen haben. Wenn dieses sich bewahrheiten sollte, so kann man damit rechnen, daß die bolschewistische Kavallerie vielleicht schon Freitag oder Sonnabend Warschau erreicht haben wird.

Der Pariser „Temps“ meldet: Die Lage an der polnisch-russischen Front ist nach Auffassung der Ententevertreter in Warschau unverändert von höchster Gefahr. Die polnische Heeresleitung hat den unmittelbaren Gefahrentstand für Warschau erklärt. Ostrolenka ist bereits im Westen von den Russen umgeben.

Der angekündigte polnische Gegenangriff zur Wiedergewinnung der Linie Grajewo—Ossowiec ist überhaupt nicht zur Entwicklung gekommen. In den Kämpfen der letzten Tage sollen die Bolschewisten zahlreiche Gefangene gemacht haben, darunter viele Jugendliche von 18 Jahren.

Kapitulation der polnischen Armeen?

Wie das „Petit Journal“ berichtet, sandten die Vertreter der französischen und englischen Militärmissionen einen Bericht an die Regierungen in Paris und London über die Lage der polnischen Armee, in dem es heißt, daß bei Nichtannahme des Waffenstillstandes und bei nicht ausreichender Truppenunterstützung durch die Alliierten die Gesamtlage des polnischen Heeres derart verzweifelt sei, daß schon innerhalb einer Woche mit einer vollkommene Kapitulation Polens gerechnet werden müsse. Die Entente sandte und Militärmissionen haben Warschau verlassen.

Verlegung der polnischen Regierung nach Krakau?

Die polnische Regierung ist vorläufig noch in Warschau, doch hat sie bereits die Verlegung an einen anderen Punkt, voraussichtlich Krakau, ins Auge gefaßt. Der Kampf würde fortgesetzt und die Landesverteidigung von dem neuen Regierungssitz aus getrieben. Die nach Baranowitsch gesandten Delegierten sind nach Warschau zurückgekehrt.

Polen will nicht allein verhandeln.

Die „Times“ melden aus Warschau: Die polnische Regierung ist nicht bereit, mit den Bolschewisten über einen Frieden zu verhandeln, wenn Frankreich und England an diesen Verhandlungen nicht teilnehmen.

Die Gefährdung der deutschen Neutralität.

Erste Erklärungen des Ministers Simons im Reichstag.

Reichsaußenminister Dr. Simons hat am Donnerstag vormittag im Reichstage bei der dritten Lesung der Entwaffnungsvorlage erste und wichtige Erklärungen über die Gefährdung der deutschen Neutralität durch die Auswirkungen des russisch-polnischen Krieges abgegeben, die im Hause große Bewegung hervorriefen.

Die Rede des Reichsministers des Inneren knüpfte an Ausführungen des unabhängigen Abgeordneten Dr. Rosenfeld, der um Auskunft über die Ansammlung großer französischer Truppenmassen im besetzten Gebiet gebeten und die Vertagung des Reichstages beantragt hatte, weil die Vertretung des deutschen Volkes jetzt zur Stelle bleiben müsse, um im Notfall einsteigen zu können. Jedenfalls werde die Arbeiterbewegung auf dem Posten sein und jede Unterstützung Polens durch die Entente zu verhindern wissen.

Der Minister wies zunächst auf die Verpflichtung hin, die wir in Spaa hinsichtlich der Entwaffnung eingegangen sind und die eine erhebliche Beschränkung unserer Machtmittel notwendig macht. Dann führte der Minister weiter aus:

„Nun bedürfen wir im Augenblick bedeutender Machtmittel, um die von uns übernommenen Verpflichtungen der Neutralität zu erfüllen. Wir haben die Neutralität zunächst zu beobachten im Kriege im Osten, und wir müssen hier unsere Machtmittel zur Wahrung der Neutralität gebrauchen. Wir haben ferner große Gefahren für unsere Neutralität nach der entgegengesetzten Seite ins Auge zu fassen. Die Entente hat, wenn auch nicht die Absicht, so doch ein geographisches Interesse dafür, daß die Türkei jetzt jedenfalls vor, und wir müssen unsere Politik darauf einstellen, und der Reichskommissar wird bei der Ausführung seines Auftrages darauf Rücksicht nehmen müssen.“

Wenn es wahr ist, daß Vorbereitungen von der Entente getroffen werden zur Ueberleitung großer Truppenkontingente durch Deutschland nach Polen, dann wäre es eine schwere Verletzung der deutschen Neutralität, ob diese Vorbereitungen im besetzten oder unbesetzten Gebiet geschehen. Jedes deutsche Gebiet bleibt deutsches Gebiet, ob es besetzt ist oder nicht. Und das Neutralitätsabkommen zu London von 1907 lautet aus-

drücklich, daß kein Gebiet eines neutralen Staates Operationsbasis für Kriegsparteien abgeben darf.

Wir wollen hoffen, daß wir zur Durchführung dieses Standpunktes, der dem Recht entspricht, keine Machtmittel gebrauchen, sondern lediglich die Mittel der Ueberzeugung und Verständigung.“

Diese Erklärung löste, wie bereits erwähnt, große Bewegung unter den Abgeordneten aus. Zum Verständnis dieser Rede bemerkt die „Voss. Ztg.“, daß nach ihren Informationen kein konkreter Anlaß zu der Annahme vorliegt, daß von den Alliierten ein Bruch der deutschen Neutralität geplant sei. Anscheinend hat sich der Minister zu der Erklärung nach einer Unterredung veranlaßt gesehen, die er tags zuvor mit dem französischen Geschäftsträger Herrn v. Marcellin hatte. Diese hat sich allerdings hauptsächlich auf die noch immer nicht beigelegte Flaggensache bezogen. Es scheint nun, daß die gelegentliche Erwähnung der Neutralitätsfrage durch den französischen Geschäftsträger den Minister veranlaßt hat, zur Vermeidung aller weiteren Mißverständnisse nochmals öffentlich seinen Standpunkt in der Neutralitätsfrage klarzulegen.

Die Londoner Konferenz aufgegeben?

Widersprechende Meldungen aus London und Paris.

— London, 4. August. (Reuter.) Die englische Regierung hat der bolschewistischen Regierung auf drastischem Wege mitgeteilt, daß angesichts der Tatsache, daß Rußland mit Polen nicht allein Waffenstillstandsverhandlungen, sondern auch Friedensverhandlungen einzuleiten verlangt, der Plan der Londoner Konferenz aufgegeben werden dürfte.

Dem Pariser „Matin“ wird dagegen aus London gemeldet, daß das Gerücht von einer Absage der Londoner Konferenz nicht zutrefte. Die englische Regierung habe eine neue Note nach Moskau senden lassen, um die Sowjetregierung zu einer unabweisenden Erklärung darüber aufzufordern, ob sie mit Polen Waffenstillstand schließen will oder nicht. Die weiteren Beschlüsse Englands hängen von der russischen Antwort ab. Im Falle einer Weigerung könnte man die Absage der Londoner Konferenz und die Ausweisung von Kamenew und Krassin erwarten. Dagegen sei es sehr unwahrscheinlich, daß England die Polen durch Truppen sendungen unterstützen. Nach englischer Auffassung wäre es aber denkbar, daß französische Truppen aus den Abstimmungsgebieten den Polen zur Verfügung gestellt werden.

Empfang Krassin bei Lloyd George.

„Petit Journal“ meldet aus London: Die Lage wird als äußerst ernst angesehen. Lloyd George hat Krassin, Kamenew und Mischutin, die drei Führer der bolschewistischen Delegation, empfangen. Diese Zusammenkunft verlief sehr kurz und sehr kalt. In einer außerordentlich deutlichen Sprache hat der Premierminister den bolschewistischen Delegierten bestätigt, daß die englische Regierung eine neue Note nach Moskau geschickt habe, in der mitgeteilt wurde, daß wenn die Bolschewisten mit Polen keinen Waffenstillstand schließen, jede Wiederaufnahme irgendwelcher Beziehungen unmöglich sei. Eine Fortsetzung des Vormarsches der roten Armee würde zur Folge haben, daß die Alliierten Polen jede moralische Unterstützung zuteil werden lassen, deren es bedarf.

Die Londoner Friedenskonferenz ist bekanntlich vor kurzem von der englischen Regierung angeregt worden. An der Konferenz sollten neben den beiden kriegführenden Staaten auch die Alliierten und die russischen Randstaaten teilnehmen. Der Zusammentritt der Konferenz wurde von dem vorherigen Abschluß eines polnisch-russischen Waffenstillstandes abhängig gemacht. Die Friedensverhandlungen sollten der Londoner Konferenz vorbehalten bleiben, und zwar sollte dieser Friede auf Grund von Bestimmungen geschlossen werden, die die Unabhängigkeit Polens und die berechtigten Interessen beider Länder sicher stellten. Schließlich sollten die Verhältnisse zwischen Sowjetrußland und den Alliierten geregelt werden.

Dieser Vorschlag ist von der Sowjetregierung bisher nicht beantwortet worden, sie hat aber inzwischen durch Einleitung der Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen die Vorbedingung für das Zustandekommen der Friedenskonferenz erfüllt. Allerdings will die Sowjetregierung mit der polnischen Delegation nicht nur über den Waffenstillstand, sondern auch über den Frieden direkt verhandeln. Da die polnischen Delegierten hierzu keine Vollmachten besaßen, sind sie nach Warschau zurückgekehrt. Polen hat die Forderung der Bolschewisten nicht glattweg abgelehnt, sondern nur auf die Unmöglichkeit hingewiesen, in der von den Russen gewünschten Frist die Verhandlungen wieder aufnehmen zu können.

In London und Paris wollte man zunächst die ganze Vermittlungsaktion scheitern lassen. Dann hätte

man entweder Polen seinem Schicksal überlassen oder ihm tatkräftige Hilfe zukommen lassen müssen. In einer Erfolg versprechenden militärischen Hilfsleistung ist es aber längst zu spät. Es läme höchstens die Unterstüßung Polens mit Kriegsmaterial in Betracht, die auch jetzt auf Anordnung der französischen Regierung in verstärktem Maße erfolgen soll. Böllig aufgeben will man Polen auch nicht, also entschloß sich die britische Regierung, in einer neuen Note die Sowjetregierung auf den Abschluß eines Waffenstillstandes zu drängen. Die gegenwärtigen Absichten der Sowjetregierung sind noch sehr unklar. Allem Anschein nach ist ihr Vorschlag, mit den Polen sofort über den Frieden zu verhandeln, nur ein Vorwand, um Zeit zu gewinnen und ihre militärische Lage noch zu verbessern.

Der Gegensatz zwischen Paris und London.

Bezeichnend ist der Gegensatz zwischen Paris und London. Lloyd George verspricht den Polen jede moralische Unterstützung, falls Rußland den Vormarsch fortsetze. Eine solche Unterstützung kann den Polen aber nur wenig nützen. Allem Anschein nach geht die englische Politik gegenüber den Sowjets darauf hinaus, Polen seinem Schicksal zu überlassen und gegenüber der Moskauer Regierung die wirtschaftliche Blockade anzuwenden. Auf militärische Experimente will man sich nach den schlechten Erfahrungen mit den Deutschen und Rotschak-Unternehmen nicht mehr einlassen. Dagegen steht die französische Regierung offenbar mehr denn je auf dem Standpunkt der militärischen Unterstützung, und laut „Matin“ soll sogar die französische Regierung den Befehl erteilt haben, die Hilfeleistung an Polen zu vergrößern.

Für Deutschland aus den Vorgängen im Osten noch allerhand Verwickelungen ergeben. So würde eine angeblich auch von England gebilligte Verwendung französischer Truppen aus den Abstimmungsgebieten zur Gewährung militärischer Hilfe für Polen eine Verletzung der deutschen Neutralität bedeuten, da sie praktisch einer erzwungenen Durchfuhr von Truppen und Waffen durch Deutschland gleichkäme. Eine Klärung der Lage im Osten wäre daher auch deutscherseits sehr erwünscht.

Deutscher Reichstag.

Hefige Angriffe der Unabhängigen gegen die Militärgeislichen.

Die Volksboten wollten eigentlich schon am letzten Dienstag die wohlverdienten Ferien antreten. Man glaubte bis dahin den Rotetot und auch das Entwaffnungsgesetz verabschiedet zu haben. Infolge des Einspruchs der Unabhängigen konnte aber die Entwaffnungsvorlage am Dienstag in dritter Lesung nicht erledigt werden. Sie kann erst am Donnerstag auf die Tagesordnung gesetzt werden.

Die heutige Sitzung wird mit der Weiterberatung des immer noch nicht erledigten Rotetats angesetzt. Bei der Besprechung des Reichsrotetats kommt es zu stürmischen Zwischenfällen, als der Unabhängige Fries sich mißachtend über die Militärseelsorger und ihre Tätigkeit im Kriege äußert. Fast sämtliche Abgeordnete der Rechten verlassen den Saal.

Der Abgeordnete von Galtwitz erklärt als nächster Redner: Die Militärseelsorger beider Konfessionen verdienen für ihre Tätigkeit im Kriege höchste Anerkennung. Diese Ausführungen begleiteten die Unabhängigen mit dem Zwischenruf „Du sollst nicht töten!“.

Hierauf nimmt noch der Zentrumsabgeordnete Dr. Schreiber ebenfalls die Seelsorger gegen die Ausführungen der Unabhängigen in Schutz. Auch die folgenden Redner, der Demokrat Krell, der selbst als Seelsorger im Kriege gewirkt hat, Abg. Wum (Dnatl.) und Abg. Andre (Ftr.) sprechen sich anerkennend aus über die Tätigkeit der Militärgeistlichen. Das hindert aber den bekannten unabhängigen Abgeordneten Adolf Hoffmann nicht, um auch seinerseits die heftigsten Angriffe gegen die Militärseelsorger zu richten. Als er dann ein zweites Mal auf der Rednertribüne erscheint, verlassen die bürgerlichen Parteien fast geschlossen den Sitzungssaal.

In der Gesamtabstimmung wird dann der Rotetot in dritter Lesung gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen.

Interpellation über die Arbeitslosigkeit.

Die Sozialdemokraten fragen in einer Interpellation, was die Regierung gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit zu tun gedenke, wie sie die Stilllegung von Betrieben verhindern und Arbeitsgelegenheit beschaffen wolle. Damit verbunden wird ein Antrag der Unabhängigen über die Erwerbslosenfürsorge.

Abg. Wörken (Soz.) begründet die Interpellation. In den Braunkohlwerken könnten mehr Leute eingestellt werden; aber selbst Domänen beschäftigen heute noch ausländische polnische Arbeiter.

Reichsarbeitsminister Brauns: Die Erwerbslosenunterstützung ist besser als ihr Ruf, allen Bedürfnissen der Erwerbslosen kann sie natürlich nicht gerecht werden. Um den besonderen Verhältnissen der jetzigen Notlage gerecht zu werden, wird die Reichsregierung in den nächsten Tagen besondere Anweisungen erlassen, wonach Ausnahmen zugelassen werden von der Bestimmung, daß nach 26 wöchigem Genuß der Arbeits-

losenunterstützung diese erlischt. Weiter sollen besonders diejenigen berücksichtigt werden, die Angehörige zu ernähren haben. Die Gewerkschaftsunterstützung soll künftig nicht angerechnet werden. Arbeiter, deren Arbeitszeit beschränkt ist, sollen unterstützt werden, wenn 70 Prozent ihres Verdienstes geringer sind als die volle Erwerbslosenunterstützung.

Zur Besserung hofft der Minister zuvörderst, daß die Vergleiche alle ihre Kräfte daran setzen, damit unsere Industrie nicht noch mehr Schaden leidet. Die Beschäftigung ausländischer Arbeiter soll so weit wie möglich eingeschränkt werden. Arbeitslose sollen für andere Berufe, besonders Landwirtschaft, angelernt werden. Durch Notstandsarbeiten werden 300 000 Arbeitslose beschäftigt.

— Berlin, 5. August.

Die Entwaffnungsvorlage angenommen. — Vertagung bis Mitte Oktober.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Reichstags steht zunächst die dritte Lesung des Entwaffnungsgesetzes. Abg. Nojenfeld (N. S.) legt noch einmal den ablehnenden Standpunkt der Unabhängigen dar. Seine Ausführungen veranlassen Reichsminister Dr. Simons zu einer längeren Entgegnung. Er bittet dringend im Interesse der auswärtigen Politik um Annahme des Gesetzes. Die Regierung sei verpflichtet, dafür zu sorgen, daß die Nachmittel des Reiches nur in ihrer Hand liegen und in keiner anderen. Sie sei damit die Hüterin der Macht jeder künftigen Regierung, mag diese aussehen, wie sie will. Im Zusammenhang mit der Entwaffnungsfrage gibt der Minister die an anderer Stelle des Blattes wiedergegebene Erklärung über die Aufrechterhaltung der deutschen Neutralität ab. Er betont sehr nachdrücklich den Entschluß der Regierung, die Neutralität Deutschlands sowohl durch den Schutz der Ostgrenze als auch gegenüber der Möglichkeit von Durchmärschen alliierter Truppen unbedingt aufrecht zu erhalten.

Zum Schluß seiner Ausführungen streift der Minister die Flaggenaffäre, die bis jetzt auch noch nicht erledigt sei. Er habe darüber gestern eine sehr eingehende Unterredung mit dem französischen Geschäftsträger gehabt. Er bitte dringend, alles zu vermeiden, was dazu beitragen könnte, eine weitere Verschärfung herbeizuführen. Er werde alles tun, um die Spannung nicht zum Ausdruck kommen zu lassen. (Bewegung.)

Nach kurzer Aussprache wird das Gesetz in dritter Lesung in der Gesamtstimmung mit sehr großer Mehrheit gegen Unabhängige, bayerische Volkspartei und vereinzelte Deutschnationalen angenommen.

Darauf wird die Aussprache über die sozialdemokratische Interpellation über die Arbeitslosigkeit und über den Antrag der Unabhängigen zur Verbesserung der Erwerbslosenfürsorge fortgesetzt.

Abg. Andre (Str.) hält eine geordnete Arbeitslosenfürsorge für dringend erforderlich. Für unbeschuldetes Unglück muß der Staat eintreten.

Abg. Lambach (Dnt.): Es fehlt uns an Kohlen und Betriebsstoffen; daher die Arbeitslosigkeit. Wir sind zum Arbeitnehmervolk der Entente geworden. Unser einziger Besitz ist unsere Arbeitsleistung. Energisch muß gegen die unrechtmäßige Inanspruchnahme der Arbeitslosenfürsorge vorgegangen werden.

Reichsarbeitsminister Brauns: Das Gesamteinkommen Deutschlands ist zurückgegangen. Zahlreiche Beamtengruppen und Akademiker stehen sich im Vergleich mit den Arbeitern viel schlechter als jemals. Wir werden uns für die Form der Sozialisierung entscheiden, von der wir uns die größte Wirtschaftlichkeit versprechen. (Beifall.) Aber auch die Sozialisierung kann die wirtschaftliche Notlage nicht von heute auf morgen ändern.

Abg. Dr. Moldenhauer (D. Sp.): Wir müssen die in Rot geratenen über Wasser halten. Man habe sich vor wahlloser Arbeitslosenunterstützung. Sie darf nicht zu einer Ausbeutung der Arbeiter durch die Arbeiter werden.

Abg. Erkelenz (Dem.): Ein Teil der Arbeitslosenunterstützung sollte in Naturalien gewährt werden. Die Unternehmerschaft sollte sich mehr als bisher mit den Betriebsräten verständigen, um die Arbeitsweise in dieser schwierigen Zeit zu regeln.

Reichsarbeitsminister Brauns teilt noch mit, daß ein Betrag von 35 Millionen zu einer besonderen Fürsorge für Erwerbslose, die Angehörige haben, zur Verfügung gestellt werden soll, wenn Länder und Gemeinden den gleichen Betrag aufbringen.

Damit hat der Reichstag seine Beratungen zum Abschluß gebracht und geht bis Mitte Oktober in die Ferien. Es ist jedoch Vorsorge getroffen worden, daß der Reichstag, wenn die politischen Ereignisse es erforderlich machen sollten, auch früher zusammentreten kann. Außerdem ist im Reichstag ein *Staatsauschuss* gebildet worden, der der Regierung in allen die östliche Lage betreffenden Fragen dauernd beratend zur Seite stehen soll.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft.

Erleichterung bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft für Getreide, Kartoffeln und Fleisch.

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft haben in den letzten Tagen unter Leitung des Ministers Dr. Hermes in Gegenwart des Staatssekretärs beim preussischen Staatskommissar für Volksernährung Besprechungen mit den Ernährungsministern der süddeutschen Staaten Bayern, Württemberg, Baden und Pfalz stattgefunden, die sich auf alle wichtigen Gebiete der Ernährung bezogen. Die hauptsächlich behandelten Fragen betrafen die Getreide, Kartoffeln und Fleisch, in deren Bewirtschaftung weitgehende Erleichterungen bzw. Aufhebung der Zwangswirtschaft übereinstimmend in Aussicht genommen wurden. Im einzelnen ist das Ergebnis der Beratungen folgendermaßen zusammenzufassen:

Einschließlich des Getreides herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die strengste Bewirtschaftung und schärfste Erfassung durchzuführen werden müsse, und daß hier keinerlei Änderung getroffen werden dürfe. Wie beim Getreide soll auch hinsichtlich der Bewirtschaftung von Milch, Butter und Inlandsfische keinerlei Änderung eintreten.

Bezüglich der Kartoffeln ist die für notwendig erachtete sofortige Aufhebung der Bewirtschaftung inzwischen erfolgt. Ueber die Bewirtschaftung oder Freigabe der Kartoffeln soll ein Beschluß

in der ersten Hälfte des August gefaßt werden, wobei die augenblicklich im Gange befindliche Prüfung des voraussichtlichen Ernteertrages als Unterlage dienen soll. Falls auch diese Prüfung in Uebereinstimmung mit den früheren Schätzungen eine befriedigende Ernte erwarten läßt, wird die Freigabe als zweckdienlichste Lösung bezeichnet.

Die Fleischbewirtschaftung soll nach Ansicht der Konferenz im Laufe dieses Herbstes ihr Ende finden. Um einen möglichst reibungslosen Übergang in die freie Wirtschaft sicherzustellen, ist sofort mit allem Nachdruck die Einfuhr und wenn möglich Verbilligung von Futtermitteln zu betreiben. Die Einfuhr von Mais ist sofort freizugeben. Die Fleischkarte soll aufgehoben und durch die Kundenliste ersetzt werden.

Die Aufhebung der Zwangswirtschaft des inländischen Fleisches soll als einheitliche Maßnahme gleichzeitig für das gesamte Gebiet der Viehwirtschaft im Laufe des Herbstes erfolgen. Eine vorzeitige oder gesonderte Freigabe auch nur einzelner Vieharten oder innerhalb einzelner Länder muß abgelehnt werden.

Die Zuckerbewirtschaftung soll in ihren Grundzügen aufrechterhalten werden. Soweit als möglich soll künftig aus den verfügbaren Zuckervorräten an Stelle der Belieferung der Marmeladenfabriken der Bedarf an Einmachzucker sichergestellt werden. Es besteht Uebereinstimmung darüber, daß die Einfuhr von nicht bewirtschafteten Nahrungsmitteln (z. B. Salzheringen) möglichst sofort freigegeben wird. Der Preisabbau für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse muß Hand in Hand gehen mit einem Abbau der Produktionskosten.

In dieser Hinsicht spielen vor allem die Dünge- und eine besondere Rolle. Von den Kriegsgesellschaften sollen nur diejenigen weiterbestehen bleiben, welche die zentrale Bewirtschaftung der wichtigsten Nahrungsmittel (Getreide, Milch usw.) ausüben. Aber auch innerhalb dieser Organisationen wird seitens des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft eine mögliche Vereinfachung und Verebilligung angestrebt.

Höhere Getreidepreise für die Landwirte im besetzten Gebiet.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages faßt einstimmig den Beschluß, den Reichsernährungsminister zu ersuchen, für die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten wegen der dortigen besonders hohen Produktionskosten Zulagen für die Getreidepreise festzusetzen. Diese Differenzierung bei der Preisfestsetzung für das Brotgetreide ist in der Tat berechtigt, da die Arbeitsverhältnisse und Produktionskosten in unbesetzten Teilen des Reiches, namentlich aber im Osten des Reiches, wesentlich günstiger als in den besetzten Gebieten sind. Der „Germania“ zufolge wird der Reichsernährungsminister dem Ersuchen der Zentrumsfraktion stattgeben.

Der Steuerabzug vom Lohn.

Die vorläufigen Ausführungsbestimmungen.

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt:

Mit dem 1. August ist das neue Gesetz über den Lohnabzug in Kraft getreten. Auch die vorläufigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind soeben erlassen worden. Nach diesen Bestimmungen gilt nun folgendes:

1. Zum Barlohn ist hinzuzurechnen: der Wert der Naturalbezüge, zum Beispiel Kost und Wohnung. Die Höhe dieses Wertes wird durch die einzelnen Landesfinanzämter festgestellt und feinerzeit bekanntgegeben werden. Bis zu dieser Regelung sind die Naturalbezüge einzusetzen mit dem Werte, der sich aus den Lohnstarifvereinbarungen ergibt. Wo solche Vereinbarungen nicht bestehen, sind die vom Versicherungsamt festgesetzten örtlichen Preise maßgebend. Jedoch ist bis zur Festlegung durch das Landesfinanzamt als Wert von Natural- und Sachbezügen kein höherer Betrag als fünf Mark für den Tag, 30 Mark für die Woche und 125 Mark für den Monat anzunehmen.

Als Arbeitslohn gelten Löhne, Gehälter, Besoldungen, Zantlemen, Gratifikationen oder sonstige für Arbeitsleistungen gewährte Bezüge, sowie Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenpensionen und andere Bezüge oder geldwerte Vorteile für frühere Dienstleistung oder Berufstätigkeit.

2. Die Beiträge für Kranken-, Unfall-, Haftpflicht-, Angestellten-, Invaliden- und Erwerbslosenunterstützungskassen sowie für Witwen-, Waisen- und Pensionskassen und Beiträge zu öffentlichen Berufs- und Wirtschaftsvertretungen können vom Arbeitslohn abgesetzt werden, soweit sie vom Arbeitgeber entrichtet und zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet werden.

3. Bei Arbeitnehmern, die das 14. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, findet ein Abzug vom Arbeitslohn nicht statt.

4. Der Steuerabzug wird nicht mehr vom ungekürzten Tage-, Wochen- oder Monatslohn vorgenommen. Es bleiben vielmehr gewisse Teile des Lohnes vom Steuerabzug frei. Diese Teile sind so berechnet, daß die sozialen Ermäßigungen des Einkommensteuergesetzes bereits beim Steuerabzug berücksichtigt werden.

Vom zehnprozentigen Lohnabzug bleiben frei: bei Tageslohnberechnung 5 Mark für den Tag, sowie je 1 Mark 50 Pfennig für die Ehefrau des Arbeitnehmers und für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind; bei Wochenlohn 30 Mark für die Woche sowie für die Frau und jedes minderjährige Kind je 10 Mark; bei Monatslohn 125 Mark für den Monat und je 40 Mark für die Ehefrau und jedes minderjährige Kind.

Ueberschreitet unter Berücksichtigung dieser Ermäßigungen der Lohn, auf das Jahr umgerechnet, die Summe von 15 000 Mark, so werden 15 Prozent erhoben; geht Lohn oder Gehalt über 30 000, so kommen 20 Prozent Gehaltsabzug in Frage, bei mehr als 50 000 Mark 25 Prozent usw., bis bei Beträgen von jährlich über 1 Million 55 Prozent des Gehalts oder der Zantleme abgezogen werden.

Der Arbeitgeber hat bei jeder Lohnzahlung festzustellen, ob der Arbeitslohn unter den vorgenannten Bedingungen die bezeichneten Grenzen überschreitet. Bei der Umrechnung des Arbeitslohnes auf ein Jahr ist das Jahr mit 300 Arbeitstagen, 50 Wochen oder 12 Monaten zugrunde zu legen, sofern nicht nach der Art der Arbeitstätigkeit eine kürzere Beschäftigungsdauer für das Jahr anzunehmen ist (zum Beispiel bei Saisonarbeitern).

* **Geisenheim, 7. Aug.** Im Laufe nächster Woche findet in gemeinsamer Sitzung der städtischen Körperschaften die Bürgermeisterwahl statt. Die Vorbereitungen zur Wahl sind bereits so weit gediehen, daß nunmehr noch 3 Gemeinderäte zu ernennen sind. Es sind dies die Herren Kreisobersekretär Stahl in Rudesheim, Bürgermeister Ringen in Beverungen (Wefer) und Dr. jur. Greis, Referendar in Rheinbach bei Bonn. Unser bisheriger Bürgermeister Herr Dr. Schneider verläßt bereits in den nächsten Tagen unsere Stadt, da er zum 15. August die Bürgermeisterstelle in Dillenburg übernimmt.

* **Geisenheim, 7. Aug.** Um den überhand nehmenden Felddiebstählen zu steuern werden von nun an die Namen der zur Anzeige gebrachten Diebe an der Anschlagtafel am Rathause öffentlich zum Aushang gebracht. Hoffentlich hat diese Maßnahme den gewünschten Erfolg.

* **Geisenheim, 7. Aug.** Fußballsport. Morgen Sonntag Nachmittag wird der hiesige Fußballverein auf dem Sportplatz mit 2 Mannschaften wieder 2 auswärtigen Gegnern gegenüberstehen. Die ersten Elf gegen die als Spielart bekannte 1. Mannschaft des „Sportvereins Geisenheim 1909“. Spielbeginn 3 Uhr. Eine neu aufgestellte Mannschaft von 08 gegen die 3. von „Fußballverein Rheinbach 1903“. Spielbeginn 1 Uhr. — Das Wiederholungsspiel gegen Schwanheim findet voraussichtlich am 15. Aug. in Wiesbaden oder Mainz statt.

* **Eltsville, 5. Aug.** Der Magistrat gibt bekannt, daß für das Rechnungsjahr 1919, also für die Zeit vom 1. April 1919 bis 31. März 1920 nachträglich ein Steuernviertel erhoben wird und zwar 37,5% des der Gemeindefiskalveranlagung für 1919 zu Grunde liegenden Bringspallages.

* **Forch, 6. Aug.** Die anfangs Juli wieder aufgenommenen Neblausuntersuchungsarbeiten haben bereits zur Feststellung mehrerer neuer Neblausherde in verschiedenen hiesigen Gemarkungslagen geführt, die zum Teil größeren Umfangs sind. — Auch in der Nachbargemarkung Forchhausen wurden zwei neue Neblausherde und zwar in den Lagen „Radrich“ und „Niederflur“ festgestellt. Bei den ersteren Herd handelt es sich um eine größere versuchte Fläche. Die Bekämpfung der Neblaus erfolgt in diesem Jahre neben dem seitherigen Ausrottungsverfahren auch zum ersten Male versuchsweise mit dem Graeter'schen Mittel, welches in den Gemarkungen Bingen, Rudesheim und Rheinbach bereits mit Erfolg zur Anwendung gekommen ist. Dieses Verfahren kommt allerdings nur für kleinere Befallungen in Frage und hat den großen Vorteil, daß die damit behandelten Weinstöcke in ihren Lebensfunktionen nicht wesentlich gestört werden.

* **Scherfstein, 5. Aug.** Die letzte Sitzung der Gemeindevertretung hatte sich mit dem Voranschlag für 1920 zu befassen. Die Einnahmen betragen nach dem Anschlag 936 766,78 Mk., die Ausgaben 934 346,50 Mk., so daß ein Ueberschuß von 2420,19 Mk. bleibt. In dem Etat sind für Unterhaltung der Wege, Straßen usw. statt bisher 29 000 Mk. jetzt 154 000 Mk. vorgesehen, die Beamtengehälter betragen 341 000 Mk. (bisher 84 000 Mk.), die Förderung des Landbaus, Viehzucht usw. sind 40 000 Mk. vorgesehen.

* **Wiesbaden, 5. Aug.** Ein unliebsames Nachspiel hatte eine am 22. Juli hier veranstaltete Versammlung der Deutschnationalen Volkspartei, in welcher der Schriftführer Semmel-Sembach, Berlin, der hier als Vortragshörer in einem Gartenoriente auftrat, über das Thema: „Haben wir noch eine Zukunft?“ sprach. Der Redner schweifte von dem verabredungsgemäß zu behandelnden Gebiet der inneren Politik auf die äußere politische Lage ab und ließ sich in Aeußerungen hinreißen, die eine Beleidigung Frankreichs und der Befehlungsgruppen enthielten und in der das französische Militärpolizeigericht den Versuch einer Verletzung der Bevölkerung erblickte. Das Militärpolizeigericht verurteilte Semmel-Sembach sowohl wie den Leiter der Versammlung, den Stadtverordneten Dr. Fresenius, zu je sechs Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe und ordnete die Publikation des Urteils an.

* **Rassauische Landesbank und Sparkasse im Jahre 1919.** Aus dem soeben erschienenen Jahresbericht der Rassauischen Landesbank teilen wir folgendes mit: An Schuldverschreibungen wurden im ganzen abgesetzt 31,5 Millionen gegenüber 25,5 Millionen im Vorjahr. Nach Abzug der Rücklässe erhöhte sich der Gesamtbestand auf 246,5 Millionen. Der Kurs stieg von anfänglich 96% im Laufe des Jahres auf 100% und betrug Ende des Jahres 99%. Die Zunahme der Spareinlagen stellt eine neue Rekordziffer von 74,6 Millionen gegenüber 69,8 Millionen im Vorjahre auf. Die Zahl der in Umlauf befindlichen Sparkassenbücher hat sich von 293 309 auf 313 477 erhöht. Für den bargeldlosen Verkehr wurde ein neues Sparkassenbuch Lit. D eingeführt, auf das Einzahlungen und Rückzahlungen auf dem Ueberweisungswege ohne Vorlage oder Hinterlegung des Sparkassenbuches bewirkt werden können. Auch im Depot- und Kontokorrent-Verkehr war eine erhebliche Zunahme zu verzeichnen. Am Jahresabschluß betrugen die Guthaben 98,1 Millionen auf 10 000 Konten. Im Hypothekengeschäft war eine größere Nachfrage gegenüber dem Vorjahre zu bemerken. Es wurden 690 Darlehen in Höhe von 9,3 Millionen neu ausbezahlt. Diese Neuausleihungen wurden aber weit übertroffen durch die starken Rückzahlungen, die insgesamt 23 Millionen betrugen. Weit stärker war die Inanspruchnahme des Kredits seitens der Kommunen und Kommunalverbände. Die Kommunaldarlehen stiegen bei der Landesbank um 18 Millionen, bei der Sparkasse um 11 Millionen, während die kurzfristigen Vorschüsse um 22 Millionen zurückgingen. Das Depotgeschäft hat eine Zunahme von 1361 Depots im Betrage von 19 Millionen Mk. zu verzeichnen, sodaß sich der Gesamtbestand der offenen Depots auf 25 106 im Nennwert von 301,6 Millionen Mk. beläuft. Hierin sind nicht einbezogen die in Folge der Depotzwangsverordnung vom 24. Oktober 1919 und zugeflossenen neuen Wertpapierdepots, deren Zahl rund 35 000 beträgt, also den bisherigen Gesamtbestand erheblich übersteigt. Infolge dieser außerordentlichen Vermehrung der Depots ließen sich Störungen

in der Abwicklung der Geschäfte nicht vermeiden. Das Effekten-Kommissionsgeschäft weist einen Umsatz von 163,7 Millionen Mk. auf. Die Gesamtumsätze bei den Anstalten betragen 9,5 Milliarden Mk. gegenüber 4,8 Milliarden im Vorjahre. Die erheblich gestiegenen Ueberschüsse wurden nach Deckung der Verwaltungskosten und Ergänzung der Reservefonds zur Vertheilung auf die Effektenbesitzer beider Anstalten verwandt. Die Nassauische Kriegskasse wurde im abgelaufenen Jahre wesentlich höher in Anspruch genommen als in den Vorjahren. Die Nassauische Kriegsversicherung auf Gegenseitigkeit hat mit Friedensschluß ihr Ende erreicht. Die Abrechnung ist im laufenden Jahre bereits in die Wege geleitet.

St. Goarshausen, 5. Aug. Keine Fleischkarten mehr. Ab 29. Juli ist die Fleischkarte im Kreise St. Goarshausen in Fortfall gekommen. Es bleiben nur die eingeführten Kundenlisten bestehen.

Diez, 5. Aug. Landrat Dr. Thon wurde als Oberpräsidialrat nach Kiel berufen. Der Landratsposten wird hierdurch frei.

Fulda, 3. Aug. Eine eigenartige Höchstpreisfestsetzung für Kartoffeln hat man hier vorgenommen. Derselbe ist nach dem Einkommen gestaffelt und beträgt bis 10 000 Mk. 15 Mk., bis 15 000 Mk. 20 Mk., über 15 000 Mk. 40 Mk.

Aus Stadt und Land.

Ueberfall auf das Gefangenlager Altdamm. In der Nacht zum Sonntag griff eine etwa 70 Mann starke Bande die Wachtposten des Kriegsgefangenenlagers Altdamm (Pommern) an, bemächtigte sich ihrer Gewehre und drang in das Lager ein, aus dessen Wachenkammer noch weitere 20 Gewehre mitgenommen wurden. Die Hauptwache des Lagers eröffnete das Feuer und vertrieb die Eindringlinge, die die Gewehre fortwarfen und entflohen. Nur die 15 Gewehre der Wachtposten wurden von ihnen mitgenommen. Verletzte hat es bei dem Ueberfall nicht gegeben.

Ein hartnäckiger Selbstmörder. Der Grundbesitzer Josef Schantel in Jellitz an der Draa in der Kreisstadt verübte einen eigenartigen Selbstmord. Vorher nahm er Gift, dann schloß er sich aus einem vorbereiteten Kasten in den Kopf und fiel dann in die vorbereitete Schlinge eines Strides und fand so den Tod. Familiengewaltthätigkeiten sollen die Ursache der Tat sein.

Umsatzsteigen der Maul- und Klauenseuche. Nach amtlicher Mitteilung hat die Maul- und Klauenseuche im Regierungsbezirk Arnberg (Westfalen) in erschreckender Weise an sich gegriffen. Die Seuche wurde in 2893 Gehöften festgestellt, die sich auf 325 Gemeinden verteilen.

Freigeistiger Saufstreik in Düsseldorf. Der angeklagte Schulstreik der zu einem Verband zusammengefügten freigeistigen Vereine hat Montag begonnen. Sie wollen ihre Kinder so lange aus den konfessionellen Schulen zurückhalten, bis für die Dissidentenkinder die Uebergangsschulen, die der Kultusminister versprochen hat, in Angriff genommen worden sind. Um der Forderung Nachdruck zu geben, führten mehrere hundert freigeistige Familien ihre Kinder im Zuge durch die Straßen vor das Rathaus. Große Fahnen und revolutionäre Slogans aus Kindermund gaben der Kundgebung einen stark sozialistischen Anstrich. Einer Abordnung der Arbeitsgewerkschaft der freigeistigen Vereine erklärte die städtische Verwaltung, die Schulverwaltung habe die Einrichtung solcher Schulen bisher abgelehnt und damit nur die Bestimmungen der Reichsverfassung erfüllt. Jetzt sei durch eine Vereinbarung zwischen dem Kultusminister, den Behörden und den Dissidentenkreisen eine Neuordnung mittels Einrichtung von Not- und Uebergangsschulen für solche Kinder, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen, erfolgt. Die Verwaltung werde prüfen, ob diese Regelung in Düsseldorf durchzuführen sei.

Ein Enkel des Kaisers auf Schloß Doorn. Wie aus Amsterdam gemeldet wird, wird der kleine Sohn des Prinzen Joachim von Preußen, der kürzlich Selbstmord beging, demnächst aus der Familie des Prinzen Eitel Friedrich, wo er sich gegenwärtig befindet, nach Schloß Doorn gebracht werden, um dort erzogen zu werden. Die Gattin des Prinzen Joachim, von Geburt Prinzessin Marie Auguste von Anhalt, hatte sich bekanntlich schon vor geraumer Zeit von ihm getrennt.

Zwangsverkauf der Firma Mumm in Reims. Die Niederlassung der weltbekannten Champagnerfirma Mumm in Reims war während des Krieges unter Zwangsverwaltung gestellt worden. Der in Reims angelegene Zweig der alten rheinischen Patriziersfamilie Mumm von Schwarzenstein hatte zwar längst das französische Bürgerrecht erworben, doch war wohl der deutsche Zweig auch in dem Hause in Reims beteiligt geblieben. So erklärt es sich jetzt, daß das französische Enteignungsgesetz vom 7. Oktober 1919 auf die Niederlassung angewendet und ihr Zwangsverkauf angeordnet worden ist. Bisher liegt ein Angebot von 85 Millionen Franken vor, doch steht bis zum 18. August eine Frist offen, innerhalb welcher das Angebot auch überboten werden kann.

Günstige Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet. Die Verkehrsverhältnisse im Ruhrgebiet sowohl im Eisenbahnverkehr als im Wasserstraßenverkehr als günstig zu bezeichnen. Der Abtransport der städtischen Abfälle, deren Ergebnis gegen die Borswerke eine geringe Verbesserung auswies, ging ebenso wie derjenige eines weiteren Teiles der Lagerbestände glatt von hatten. Die letzteren bestanden sich auf 1 262 525 Tonnen. Die Lagerverhältnisse betrug täglich 18 638 gegen 15 486 Tonnen in der vorausgegangenen Woche. In der Schipperleistung der Duisburger-Ruhrrevier-Häfen war eine nennenswerte Steigerung zu verzeichnen. Sie hob sich von 23 930 auf 32 583 Tonnen. Hand in Hand hiermit ging eine Steigerung der Brennstoßverladung der Kanalgegend von 25 464 auf 26 898 Tonnen.

Streikarbeiten in Braunschweig. Der Landarbeiterstreik hat im Kreise Wolfenbüttel zu blutigen Ausschreitungen der streikenden Landarbeiter gegen die bewilligten und Landwirte geführt. Mit Brüggeln bewaffnet zogen Streikende in Stärke von 30—80 Mann vor einige Güter und auf die Häuser, wo sie die Arbeitswilligen verprügelten. Wiederholt kam es in der Nähe von Wolfenbüttel und Schöppenstedt zu Ausschreitungen. In einigen Orten erklärte die Streikleitung, daß sie im „Auftrage der Braunschweiger Regierung“ handele, obwohl diese Angaben im Widerspruch zu den Erklärungen des Braunschweiger Ministeriums stehen. Da außerdem die umherziehenden Ban-

den Verhaftungen erwarten sollen, wurde endlich die Sicherheitswehr in die vom Terror heimgesuchten Gegenden beordert.

Der Elektrizitätsstreik in den Erbsenbädern. Der folgenschwere Streik der Beamten- und Arbeiterkassen der Ueberlandzentrale Straßburg und des Betriebsamtes Swinemünde dauert nach wie vor in vollem Umfang an, so daß Borspommern, die Insel Rügen sowie die großen Bäderorte Swinemünde, Heringsdorf, Ahlbeck usw. auch weiter ohne Licht und Kraft sind. Ein Ende des Streiks ist noch nicht abzusehen. Dem Wirtschaftsleben wird schwerer Schaden zugefügt. Die wegen Brotknappheit dringenden Druscharbeiten der Landwirtschaft liegen ganz still. Die Badesaison in den pommerschen Bädern leidet außerordentlich. In den Hotels und Vergnügungsorten muß man sich mit Latiglampen ausheilen. Die Arbeiterkassen des Wasserwerkes in Swinemünde streikt nicht, der Betrieb wird durch Dampfmaschinen aufrechterhalten; dagegen sind Heringsdorf, Ahlbeck usw. auch ohne Wasser. Im allgemeinen ist die Lage ruhig. Nur in Swinemünde fanden Lebensmitteldemonstrationen statt, bei denen die Demonstranten in die Konditoreien eindrangen und den Kuchen für 50 Pfg. pro Stück eigenmächtig verkauften. Ernstliche Zwischenfälle haben sich nicht ereignet.

Lebensmittellieferung im besetzten Gebiet. Die größeren Gemeinden des besetzten Gebietes wollen bei der Berliner Regierung energisch Schritte unternehmen, um eine Besserung der Lebensmittellieferung des Rheinlandes zu erreichen. Die Zustände sind in den letzten Wochen trostlos. Die meisten Waren sind jetzt im besetzten Gebiet teurer als im übrigen Deutschland, und fast überall herrscht Mangel an Lebensmitteln. Der Bürgerhandel wird nach Ansicht der besetzten Behörden nicht genügend bekämpft, weil die Kontrolle ziemlich vernachlässigt wird.

Im Streit erstochen. In der Nähe der Schwemle bei Hagen (Westf.) gerieten mehrere Personen in Streitigkeiten, die in eine Messerschere ausarteten. Einer der Beteiligten wurde durch einen Stich in den Hals getötet, ein zweiter durch mehrere Stiche in die Schulter und Rücken lebensgefährlich verletzt. Die Polizei schritt ein und nahm mit Hilfe eines Polizeihundes den Haupttäter und einen seiner Begleiter fest.

Passive Resistenz der rheinischen Bauern. Wie die „Frankf. Zeitung“ aus Speyer meldet, hat der Gesamtvorstand der Freien Bauernschaft der Pfalz, des Saarlandes und Rheinlans eine Kundgebung beschlossen, nach der Brotgetreide weder gedroschen noch abgeliefert werden solle, bis durch die Regierung ein Getreidepreiszusatz für das besetzte Gebiet festgesetzt sei. Ebenso werde die Aufhebung der öffentlichen Schwirtschaftung für Hafer, Gerste, Kartoffeln und Getreide gefordert. Wie bereits gemeldet, ist der Reichsernährungsminister geneigt, für die Landwirtschaft in den besetzten Gebieten wegen der dortigen besonders hohen Produktionskosten höhere Getreidepreise zu bewilligen.

Kleine Nachrichten.

* Briefe und sonstige Briefsendungen nach Orten der Kreise Eupen und Malmédy müssen nach Auslandsgebühren freigegeben werden.

* Aus der städtischen Gemäldegalerie in Mainz wurden fünf Bilder alter niederländischer Meister gekauft.

* Bei einem Zusammenstoß zwischen Hörnern und Wildtieren im Oisebad Mischro wurde der Hörner durch einen Kopfschlag getötet. Der Hörner wurde verhaftet.

* Fürst Wolfgang zu Hohenberg und Büdingen ist in Göttingen in der städtischen Schweiz gestorben.

* Im Alter von 74 Jahren starb in Reims auf der Insel Bight an den Folgen eines Schlaganfalls der Graf von heute allgemein benutzten Freilauf-Konstruktion am Fahrrad.

* Bei den japanischen Ausscheidungskämpfen für die Olympischen Spiele gewann in Tokio den Marathonlauf über 40 Kilometer der erst 16-jährige Sasakawa in der ausgezeichneten Zeit von 2 Stunden 26 Minuten.

Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 6. Aug. Wie verlautet, ist beabsichtigt, die Wahl des Reichspräsidenten Ende Oktober oder Anfang November vorzunehmen und mit ihr die Reichstagswahlen in Schleswig-Holstein und Ostpreußen zu verbinden. Man darf damit rechnen, daß im November auch die Wahlen zur preussischen Landesversammlung stattfinden werden.

UT Berlin, 7. Aug. Außenminister Dr. Simons sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter der deutschen Liga für Völkerbund über den Vorschlag, die Flaggenfrage durch Anrufung des Völkerbundes zu regeln: Wir haben die Völkerbundsflaggen, ohne Mitglied zu werden, zu können, unterzeichnet und die Wirksamkeit des Völkerbundes praktisch anerkannt müssen. In allen den Fällen, wo er gemäß dem Friedensvertrage Aufgaben uns gegenüber übernommen hat, als Treuhänder des Saargebietes, als Schlichter der freien Stadt Danzig, hat er schon eine für uns schmerzliche Bedeutung gewonnen. In anderen Fällen ist seine Wirksamkeit hinter den Aufgaben zurückgeblieben, die ihm durch den Friedensvertrag gesetzt sind. Ich erinnere nur an die Frage der deutschen Kolonien. Nicht nur wir, sondern alle anderen Signatarmächte des Friedensvertrages halten darauf, daß die gute Grundlage, auf denen der Gedanke des Völkerbundes beruht, sich bewahren könne. Die festeste Grundlage muß sein das Prinzip der Schiedsgerichtsbarkeit. Es hier zur Anwendung zu bringen, bietet sich hier dem Bunde Gelegenheit. Mit dem Prinzip könne er sich selbst zugleich durchsetzen und sein moralisches Ansehen wieder stärken, das die Ereignisse im Osten bedenklich erschüttert haben.

TU München, 6. Aug. Der bayerische Landwirtschaftsminister machte über das Ergebnis der Berliner Ministerbesprechung für Bayern folgende Mitteilungen: Die Spätkartoffeln werden vom 15. September ab freigegeben werden. Für Frühkartoffeln ist der Minimalpreis auf 25 Pfg. für das Pfund festgesetzt. Die Zwangswirtschaft für Fleisch und Schlachtvieh wird im Herbst aufgehoben werden. Brotgetreide soll vom 15. August an 85% ausgemahlen werden. Das Brot soll sich aus 40% Weizen, 40% Roggen, und 20% Gerste zusammensetzen. Die Brotmenge wird pro Kopf und Tag von 200 auf 300 Gramm erhöht. Am 1. Oktober soll mit der Herstellung achtprozentigen Bieres begonnen werden.

TU Wien, 7. Aug. In Gödöllő, wo sich Reichsverweser Horthy jetzt gewöhnlich aufhält, ist am 27. Juli zwischen der französischen Militärmission einerseits und der ungarischen Regierung andererseits der Entwurf einer Militärkonvention vereinbart worden, nach welcher sich Ungarn verpflichtet, eine Armee von 140 000 Mann aufzustellen, um den Krieg gegen Sowjetrußland zu eröffnen. Frankreich verpflichtet sich dagegen, auf der Botschafterkonferenz dahin zu wirken, daß Ungarn einen Teil Westungarns sowie Gebietsteile bei Kassa und Preßburg wieder zugesprochen werden und es die rumänischen Eisenbahnknotenpunkte wieder erhält. Die Militärkonvention ist von der französischen Regierung bereits genehmigt worden. Gegenüber der italienischen Militärmission, die von Anfang an den schärfsten Einspruch erhoben hat, stehen die Franzosen auf dem Standpunkt, daß die Konvention einer Genehmigung durch die Botschafterkonferenz nicht unterliege, da der Friedensvertrag mit Ungarn noch nicht ratifiziert ist.

TU Warschau, 7. Aug. Die polnische Regierung hat an die Bewohner Warschaws folgenden Aufruf erlassen: Bürger der Hauptstadt! Der Feind befindet sich nur einige Werst von Warschau. Die Hauptstadt des Polenreiches steht vor einer drohenden Gefahr. Wollt Ihr tatenlos warten, wollt Ihr Euch wie Sklaven benehmen? Niemals! Das heldenmütige Lemberg hat für die Verteidigung des Staates tausende von Freiwilligen gestellt und im Augenblick der Gefahr stand ganz Lemberg unter Waffen. Warschau, das ebenfalls Ruhmesblätter in seiner Geschichte zu verzeichnen hat, muß dem Beispiele Lembergs folgen. Zur Verteidigung der Hauptstadt müssen alle Bürger in Reih und Glied treten. Der Tag ist gekommen! Es gibt keine Wahl! Entweder: Kampf bis zum äußersten und damit Sieg und Freiheit, oder Sklaverei! Die Hauptstadt wird sich nicht ergeben! Bürger zu den Waffen! gez. Witosk.

Katholische Gottesdienstordnung in Gelsenheim.

Samstag, den 7. Aug., von 4 Uhr an Gelegenheit zur hl. Beichte. Sonntag den 8. Aug. 7 Uhr: Frühmesse. 8½ Uhr: Schulmesse. 9½ Uhr: Hochamt. 11 Uhr: Andacht zum hl. Herzen Jesu. Am nächsten Sonntag, am Feste Maria Himmelfahrt, ist die Kollekte für das Knabenheim.

Am Sonntag den 29. August wird der hochwürdigste Herr Bischof hier das hl. Sakrament der Firmung spenden und zwar an die 4 obersten Jahrgänge der Schulkinder. Sollten Schulkinder die hl. Firmung noch nicht empfangen haben, dann mögen dieselben sich im Pfarrhause melden. Der Firmunterricht beginnt heute nach der Nachmittags-Andacht; kein Firmling möge dabei fehlen.

Stiftungen:

Montag 6½ Uhr: hl. Messe für Magdalena Scholl geb. Damm. 7½ Uhr: hl. Messe für die Eheleute Valentin Waas und Wilhelmine geb. Holz. Dienstag 6½ Uhr: hl. Messe für den im Krieg gefallenen Josef Waas und dessen Mutter. 7½ Uhr: hl. Messe für die Pfarrgemeinde.

Mittwoch 6½ Uhr: hl. Messe für die Verstorbenen der Fam. Wilhelm Oßern und Christine geb. Jann. 7½ Uhr: hl. Messe für Philipp Karl Hoeck und Ehefrau Christine geb. Klöckner.

Donnerstag 6½ Uhr: hl. Messe für Magdalena Fröhlich. 7½ Uhr: hl. Messe für Christof Eich und Ehefrau Barbara geb. Bolle.

Freitag 7½ Uhr: hl. Messe für den im Kriege gefallenen Mari. Fröhlich. Samstag 6½ Uhr: hl. Messe für Gregor Bollmer und Ehefrau Elisabeth geb. Bender. 7½ Uhr: hl. Messe für Friedrich Reiff beider von den Altersgenossen.

Evangelische Gottesdienstordnung in Gelsenheim.

Sonntag den 8. August, vorm. 9 Uhr: Gottesdienst. Kirchensammlung für die Heidenmission. 10 Uhr: Kindergottesdienst und Christenlehre.

Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der
Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.)
Exp.: Winkler Landstrasse 53b
Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Anton Vollmer

Naturheilkundiger.

Diplomiert an der freien Hochschule für
Naturheilkunde in Berlin.
Ehemals Assistent berühmter Berliner Naturärzte.

WIESBADEN, Rheinstr. 34.

Sprechzeit: Werktags von 9—10 und von 3—5 Uhr.
Sonntags von 9—10 Uhr.

Volkstümliche Preise! Volkstümliche Preise!

Herren- u. Knaben-Bekleidung

Ohne Rücksicht auf den bisherigen
Selbstkostenpreis habe ich, um der
heutigen Zeit Rechnung zu tragen

bedeutende Preisermäßigungen

in allen Abteilungen vorgenommen.
Überzeugen Sie sich bitte durch
zwanglosen Besuch meines Lagers.

Bruno Wandt, WIESBADEN
Kirchgass 56.

Bekanntmachung.

Mit Bezugnahme auf die Bekanntmachung vom 5. ds. Mts. betr.

Haushaltungszucker

für den Monat August wird mitgeteilt, daß auf die Person 400 Gramm entfallen zum Preise von Mk. 1.75 das Pfund.

Von Mittwoch den 11. ds. Mts. an kommen in den Kolonialwarenhandlungen

250 Gramm Haferflocken

zum Preise von Mk. 1.10 zum Verkaufe. Vorlage der Karten am 9. ds. Mts. Abgetrennt wird Feld 13 der Lebensmittelkarte.

Von heute an kommt in den Mehlgereien von Jamin, Löwenthal und Schmitt

Speisefett

das Pfund zu Mk. 12.— zum Verkauf.

Montag den 9. August ds. Js., vorm. 11 Uhr kommt die

Haferernte

auf dem Mühlacker auf hiesigem Rathaus zur Versteigerung.

Der Ertrag der Zwetschenbäume

auf den Gemeindewiesen am Rhein wird am Dienstag den 10. August, nachm. 3 Uhr, an Ort und Stelle versteigert.

Händler sind vom Bieten ausgeschlossen.

Der Anfang wird am Gemeindelös gemacht.

Geisenheim, den 6. August 1920.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Um den sich mehrenden Felddiebstählen wirksamer entgegenzutreten zu können, werden von jetzt ab die Namen aller zur Anzeige gebrachten Frevler an der Aushängetafel am Rathaus veröffentlicht.

Geisenheim, den 6. August 1920.

Die Polizeiverwaltung.

J. B.: Glöck, Beigeordneter.

A. Kahle, Dentist

Geisenheim, Marktstrasse 27 I, rechts.

Sprechstunden für Zahnleidende

täglich von 9—1 Uhr und von 3—6 Uhr.

Sonntags von 9—12 Uhr.

Behandlung von Mitgliedern der Allgem.

Ortskrankenkasse Rüdesheim, Maschinfabrik Johannsberg, Deutschnat. Kranken- und Begräbniskasse Hamburg (Zweigstelle Eltville.)

Drucksachen

liefert schnellstens die Buchdruckerei Arthur Jander.

Haus-Versteigerung.

Mittwoch, 11. Aug. 1920, vorm. 9 Uhr

wird das Hausanwesen des verstorbenen Gutsbesitzers W. de Laspée von Geisenheim, belegen am Römerberg u. der Weberstraße, bestehend aus

2 Wohnhäusern,

Giebereihans, Scheune und Stall nebst Hofraum und Hausgarten

in der gegenüberliegenden Chr. Ober'schen Wirtschaft erbschaftshalber öffentlich meistbietend versteigert.

Das Hausanwesen mit ausgedehnten Kellern eignet sich nicht allein zum Betriebe von Weinbau und Landwirtschaft, sondern auch hinsichtlich seiner guten Lage zu jedem Geschäftsbetrieb.

Wegen den näheren Bedingungen wolle man sich an Herrn Kirchenrechner Daniel wenden.

Geisenheim, 6. August 1920.

Die Erben.

Sämtliche Sorten Tabake

in bekannten guten Qualitäten wieder am Lager.

Zigaretten 15—50 Pfg. Camel 60 Pfg.

Zigarren, Bruyère-Pfeifen.

E. RISCHBLICK.

Nachlaß- u. Mobiliar-Versteigerung.

Montag, 9. August 1920, vorm. 9 Uhr,

beginnend und eventl. den folgenden Tag versteigere ich im Auftrage der Wilsch. de Laspée-Germersheimer Erben in Geisenheim, Römerberg Nr. 4 gegen gleich bare Zahlung:

1 Sofa, 1 Büffet, Tische, 1 Schreibsekretär, 1 rote Plüschgarnitur, bestehend aus Sofa, 2 Sessel und 6 Stühle, Vertikows, Konsolen, 1 Spieltisch, 1 Serviertischchen, je 1 Näh- und Rauchtischchen, Bilder, Spiegel, mehrere vollständige Betten mit Rohhaarmatratzen, Nachtschränken, Waschkommoden mit Marmorplatten, 1 nussb. Kommode, Kleiderschränke, Waschgarnituren, 1 Chaiselongue, Teppiche, Stühle, Tische, und andere Haus- und Küchengerätschaften.

Sodann alles

landwirtschaftliche Inventar und Vieh,

wie 3 Rüge (worunter 1 frischemelkend, 1 hochträchtig), 1 gutes Ackerpferd, das Fuhrgeschirr, wie Karren, Schublade, Leiterwagen, Jauchefass, Pflüge, Pferdegeschirre, Leitern, alle Herbst- und Kellergeräte, wie Herbstbüten, 7 Halbstück- und kleinere Fässer, Weinbergspflug, 2 Rebspritzen und 2 Rebschweiser, 1 Filtriermaschine, Weinbergsdraht, ferner eine Kaute Rindvieh-Strohdung (ca. 16 Karren), gutes diesjähriges Klee-Heu (ca. 25 Str.), Buchenscheitholz und anderes mehr.

Das Vieh und landwirtschaftliche Inventar wird zuerst, also um 9 Uhr versteigert. Befichtigung am Samstag den 7. August von 9 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags.

J. Heinz, Auktionator, Rüdesheim

Telefon Nr. 187. Friedrichstraße 14.

Im Anschluß hieran versteigere ich dahier, Landstr. 7, Dienstag den 10. August, mittags um 1 Uhr, gegen gleich bare Zahlung folgende herrschaftliche Möbelgegenstände als:

1 Gewehrschrank, 1 großes Büffet, 1 Porzellanschränk, 1 Ausziehtisch, 6 gute Stühle mit Rohrstütz, 2 Sessel, 1 Spiegel, 1 Schränkchen und verschiedenes mehr.

J. Heinz, Auktionator, Rüdesheim

Telefon Nr. 187. Friedrichstr. Nr. 14.

Färberei und chem. Reinigung

Karl Döring, Wiesbaden.

Fabrik: Drudenstrasse 5. — 6149 Telefon 6149.

Läden: Weissenburgstrasse 12, Schwalbacherstrasse 9.

Annahmestelle für Rüdesheim, Geisenheim und Umgebung Herr Schneidermeister Schön, Rüdesheim

Neustrasse 12.

Reinigen u. färben sämtl. Herren- u. Damen-gaderoben sowie Teppiche, Möbelstoffe usw. innerhalb 8—10 Tagen bei tadelloser Ausführung und soliden Preisen. Trauersachen innerhalb 48 Stund. Durch genügend Benzinvorrat bin ich in der Lage, allen Anforderungen im Reinigen gerecht zu werden.

Täglich
frische Wurst.
Frau Bach, Wwe.

Täglich
frische Wurst
Karl Rath, Gastwirt

Mirabellen u.
Reineckland
bei Abnahme von 10 Pfund
ab Mk. 1.20 bei

Frau B. Rothhaupt.

Pflaumen
das Pfund 1 Mk.
Frau J. Bach Wwe.
Blaubachstr. 15.

Rübsamen
zu verkaufen bei
Franz Rüdert
Winklerlandstr. 47.

Essig- und
Salz-Gurken
zum Einmachen
per 100 Stück 8—10 Mk.
eingetroffen bei
Frau B. Rothhaupt
Marktstraße.

Eingetroffen:
4 Meter lange
Pflöcke,
Baumstüben,
Waschpflöcke,
Bretter u. Latten.
E. Dillmann.

Elektrisches
Installations-
Geschäft
für Licht und Kraftanlagen
Wilh. Kuhlmann
Hospitalstrasse 11.

Wollen Sie billig
u. gut rauchen?
dann bestellen Sie sofort
2 Pfd. „Virginia“-Tabak
gar. rein Uebersee.
Preis nur 50 Mk. franko.
oder

100 Stück la. Cigarren
gar. rein Uebersee.
Preis nur 75 Mk. franko.
Alle Preise einsch. Steuer u. Verpack-
ung geg. Voreinsendung od. Nachnahme.
Jucoson-Gesellschaft
Frankfurt a. M. Niederrad.
Händler verlangen Spezialpreise!

Hotel Restaurant, Cafe
Hotel zur Linde
Telefon Nr. 205.

Reichsbund der Kriegsbeschädigten,
ehemaligen Kriegsteilnehmer und
Kriegshinterbliebenen.

Ortsgruppe: Geisenheim-Johannisberg.
Alle ehemaligen Kriegsgefangenen, die nach dem 1. Jan. 1920 aus Gefangenschaft entlassen wurden, wollen ihre eventl. noch im Besitz befindlichen Entlassungsscheine baldigst bei Kamerad Rathias Stoll abgeben.
Der Vorstand.

„Cäcilia“
Geisenheim.
Verbandslokal Andr. Ober

Am Sonntag den 8. August beteiligt sich unser Verein an dem Sommerkonzert des Gesangsvereins „Harmonia“, Rempten und laden wir unsere Mitglieder und deren Angehörige, sowie alle Freunde und Gönner zu recht zahlreicher Beteiligung höflichst ein. Treffpunkt um 1/2 2 Uhr an der hiesigen Schiffslandebrücke. Gemeinamer Abmarsch über die Hindenburgbrücke pünktlich um 2 Uhr. Es wird noch besonders darauf aufmerksam gemacht, daß auch der Vereinswirt für das leibliche Wohl in jeder Hinsicht genügend Sorge getragen hat und dürfen somit wieder einige genussreiche Stunden bevorstehen.
Der Vorstand.

Rath. Gesellenverein
Geisenheim.
Sonntag den 8. August
abends 8 Uhr:
Versammlung.
Um gute Beteiligung bittet
Der Präses.

Katholischer Jünglings-
Verein Geisenheim
Sonntag Nachmittag 5 Uhr:
Versammlung
mit Vortrag. Neue Spiele!
Der Präses.

F. I. Geisenheimer Fußballverein 1908

Seute Samstag Abend
Spielerziehung
im Vereinslokal. Das Erscheinen sämtlicher akt. Spieler ist erforderlich. Ausgabe der neuen Trikots für die beiden morgen spielenden Mannschaften. Die alten Trikots der 1. Mannschaft sind gleichfalls heute Abend abzugeben. Morgen trifft der Sportverein Hirschheim mit seiner 1. Elf hier ein. Spielbeginn der beiden 1. Mannschaften 3 Uhr. Eine Tomb. 2. und 3. Mannschaft spielt um 1 Uhr gegen die 3. Mannschaft vom Fußballverein Rombach 1903. Nach den Wettspielen ist gemeinsames Zusammensein der Mitglieder im Vereinslokal. Die diesjährige Spielfaison für die Verbands-Spiele beginnt laut Beschluß des F. V. am 5. September. Unser Verein beteiligt sich daran voraussichtlich wieder mit 3 Mannschaften. Diejenigen akt. Spieler, welche daran teilnehmen wollen, haben sich sofort bei ihrem Spielführer, spätestens aber bis zur nächsten Spielerziehung am Sonntag den 14. August beim Spielausschuß zu melden. Bedingungen werden dort bekannt gegeben.
Der Spielausschuß.

Der Spielausschuß.

Rheingauer
Ruderverein 1912
Montag den 9. August
Versammlung
im Vereinslokal Gasthaus
„Kränkel“, hier.
Der Vorstand.

Futtertröge und Raufen
Frau P. J. Klein Wwe,
Steinheimerstr. 5.